

Blutgeld



(Bildquelle: Wikimedia commons [[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Банкнота_5000_рублей_\(обр._1997_г.;_модиф._2010_г.;_реверс\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Банкнота_5000_рублей_(обр._1997_г.;_модиф._2010_г.;_реверс).jpg)] und [https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Bleeding_finger.jpg]. Kollage von Anton Schäfer)

In Europa herrscht immer noch Krieg!

Und wenn jemand pointiert dazu die Wahrheit spricht, wird er ins Außenministerium zitiert und alle Politiker, die ansonsten gar keine „weiße Weste“ haben, machen plötzlich auf „Gutmensch“ und echauffieren sich.

So ist es eben in manchen Kreisen in Österreich und im Rest der Welt. Die Wahrheit tut weh, die Wahrheit ist unbequem und die Wahrheit ist direkt. (Red)

Inhalt



	Seite
Blutgeld	1
Impressum	2
EGMR: Opfer seines eigenen Erfolges (Anton Schäfer)	3
Blutgeld (Anton Schäfer)	4
Bedarf es einer Wiederherstellung der Natur? (Marc Germeshausen)	6
Putin bezeichnet Einmischung als Fehler (Anton Schäfer)	7
Europäische Kommission will Bienen, Schmetterlinge & Co besser schützen (Marc Germeshausen)	7
Europawahl 2024 (Anton Schäfer)	8
Horizon Europe (Anton Schäfer)	8
Das Spiel mit dem Feuer: Nordirland (Anton Schäfer)	9
Vereinsnachrichten	11
Europa-Wikipedia	15
Zu guter Letzt	16

Beiträge zur Europastimme

Die Redaktion bittet darum, dass Beiträge rechtzeitig eingereicht werden. Wir wollen in jeder Ausgabe eine große Vielfalt an Themen und Sichtweisen bieten und wählen diese entsprechend vorab aus. Dies ist jedoch nur bei zeitgerechter Zusendung der Texte möglich. Bitte beachten Sie den Redaktionsschluss, der stets vier Wochen vor dem Ende des Quartals liegt (mit Ausnahme von Sondernummern).

Blattlinie: Die Europastimme ist eine proeuropäische politische – parteipolitisch unabhängige – Zeitschrift, die sich kritisch mit der Entwicklung in Europa, der Europäischen Union zu einem Europäischen Bundesstaat sowie mit den nationalen und regionalen Entwicklungen und Strömungen innerhalb Europas und der Europäischen Union auseinandersetzt.

Zitiervorschlag: Europastimme, Jahrgang, Nummer, Seite.

Impressum, Offenlegung und Kennzeichnung:

Die Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist eine Fortführung der Zeitung der Europäischen Föderalistischen Bewegung, der Jungen Europäischen Föderalisten und der EUROPTIMUS-Vereinigung für europäische Bildung, die 2018 eingestellt wurde, wobei lediglich der Name und die grundsätzliche europapolitische Ausrichtung weitergeführt werden. Ab dem 60. Jahrgang ist die Europastimme auch Vereinszeitung der EuropaUnion Vorarlberg. Eigentümer, Verleger und Herausgeber der Europastimme ab dem 60. Jahrgang ist der Edition Europa Verlag. Chefredakteur: Mag. Dr. Anton Schäfer LL. M. Sitz des Verlages und der Redaktion sowie der EuropaUnion Vorarlberg: Forachstraße 74 in 6850 Dornbirn. E-Mail des Verlages: office@Edition.eu.com E-Mail-Redaktion: office@Europastimme.eu E-Mail EuropaUnion Vorarlberg: office@EuropaUnion.org Hergestellt und gedruckt in 6850 Dornbirn.

Erscheint mindestens viermal jährlich als Print- und Online-Ausgabe. Web-Adresse der Online-Ausgabe: <http://Europastimme.eu> Einzelheftpreis inkl. USt: 1,60 Euro. Jahresabonnement inkl. Versand im Inland und USt: 15,00 Euro. Preisänderung auch unterjährig vorbehalten. Abbestellung eines Abonnements ist jeweils zum Jahresende möglich, wenn diese bis spätestens 30.11. schriftlich beim Verlag eingeht. Preise für Abonnement und Versand außerhalb Österreichs auf Anfrage. Erscheinungsort: 6850 Dornbirn. Verlagspostamt: 6850 Dornbirn. Abonnements können durch Einzahlung auf das Konto IBAN AT54 2060 2000 0028 6864 ganz einfach abgeschlossen werden. Der Verlag bzw. die Redaktion behält sich die Kürzung von eingesandten Manuskripten entsprechend des vorhandenen Platzes vor. Der urheberrechtliche Schutz richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen in Europa. Alle Rechte bleiben grundsätzlich vorbehalten. Jeder Teil dieser Zeitschrift darf, soweit die urheberrechtlichen Rechte beim Verlag, bei der Redaktion oder beim Herausgeber liegen, unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“ (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>) verwendet werden. Bilder von Wikipedia Commons stehen unter dieser oder ähnlicher Lizenz (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>). Bitte beachten Sie: Jede Angabe in dieser Zeitschrift – gedruckt oder online – erfolgt ohne Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit etc. Dies gilt für eigene Beiträge, Fremdbeiträge, Gastbeiträge usw. als auch für zitierte Texte. Die Redaktion steht für eine offene und freie Debatte und Diskussionskultur. Die Meinung eines Autors muss daher nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Eine Haftung des Herausgebers, des Verlags, der Redaktion oder der Autoren wird daher gänzlich ausgeschlossen. Bei sämtlichen personenbezogenen Angaben gilt die gewählte Form für alle Geschlechter. Autoren räumen dem Verlag die von Literar-Mechana wahrgenommenen Vergütungsansprüche unwiderruflich ein.

ISSN: 0014-2727 (print) und ISSN: 2791-402X (online). ZDB-ID: 519113-0 (aktuell)/2187204-1 (1960 bis 2018)

P. b. b.



EGMR: Opfer seines eigenen Erfolges

(Anton Schäfer)

In einem Vortrag vor der Vorarlberger Juristischen Gesellschaft im September 2023 bestätigte der von Liechtenstein entsandte EGMR-Richter, dass seit Jahren Fälle aus westlichen Staaten vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) abgewiesen werden, wengleich die jeweilige Beschwerde durchaus Berechtigung hätten, weil es zu viele Rechtsfälle aus Ländern wie z. B. der Türkei oder Russland gebe. Anwälte hatten dies schon länger vermutet.

Der EGMR komme kaum bei der Bearbeitung dieser Fälle nach und müsse daher andere – ebenfalls berechtigte Fälle – abweisen. Nachdem die Mitgliedstaaten des Europarates nicht bereit seien, das Budget entsprechend auszuweiten, dass mehr juristisches Fachpersonal die Fälle bearbeiten könne, sei eben nur dieser Weg der Selektion gangbar: Behandelt würden besonders wichtige Fälle, während jene, die nicht so wichtig erschienen, abgewiesen werden müssten.

In der Praxis bedeutet dies seit Jahren, dass Rechtsanwälte ihren Mandanten aus westlichen Staaten nicht mehr seriös raten können, eine Beschwerde beim EGMR einzureichen. Denn diese werden nur noch in den seltensten Fällen überhaupt bearbeitet, vielmehr überwiegend gleich abgewiesen. Dadurch leidet natürlich das Ansehen des EGMR.

Wenn jemand bei diesem Gerichtshof Recht sucht – wegen einer Verletzung von Grund-, Menschen-, Bürger- oder Freiheitsrechten – und dann sein Fall wegen Überlastung nicht behandelt wird, gereicht dies nicht zum Vorteil dieses Gerichtshofs.

Infolgedessen können sich nun aber auch Behörden und Gerichte in den westlichen Mitgliedstaaten zurücklehnen: Sie wissen, dass eine Beschwerde, gegen eine hoheitliche Entscheidung mit der in Grund-, Menschen-, Bürger- oder Freiheitsrechte des Einzelnen eingegriffen wurde, nicht mehr außerhalb des Staates behandelt wird.

Ein „Rüffel“ aus Straßburg ist so für sie kaum mehr zu erwarten. Und das wiederum bedeutet, dass sich langjährige die Grund-, Menschen-, Bürger- oder Freiheitsrechte verletzende Situationen in den Nationalstaaten kaum ändern werden, weil es ja keine „höhere“ Instanz gibt, die das bemängelt und mit der notwendigen Autorität aufzeigt.

Der EGMR ist somit Opfer seines eigenen Erfolges. Weil es

- seit Jahrzehnten eine steigende Anzahl von Verletzungen von Grund-, Menschen-, Bürger- oder Freiheitsrechte in den Nationalstaaten gibt,
- die Entscheidungen des EGMR hohes Ansehen genießen,
- wenden sich viele Menschen an ihn.

Und weil sich so viele an ihn wenden und er kein ausreichendes Budget/Personal hat, muss er Fälle abweisen. Selbst dann, wenn diese offensichtliche Verletzungen von Grund-, Menschen-, Bürger- oder Freiheitsrechten darstellen.

Weil der EGMR diese Fälle abweist, wird sein Ansehen über kurz oder lang sinken. – Denn wer wendet sich an einen Gerichtshof, der seine Rechte nur noch nach Gutdünken (= Willkür) und den finanziellen Mitteln behandelt, mit denen er Personal bezahlen kann?

Sehr vielen Nationalstaaten kann dies nur recht sein, denn dadurch wird eine sehr angesehenen Gerichtsstanz außerhalb des Nationalstaates, die unter Umständen die Fehler dieser Regierung aufzeigen würde, mehr oder weniger lahmgelegt. Die Nationalstaaten haben also wohl nur wenig Interesse daran, den EGMR zukünftig mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten. Die Rechtsfälle jedoch werden sicherlich nicht weniger je mehr rechtsgerichtete Regierungen an der Macht sind. Der EGMR muss daher hinkünftig noch mehr berechtigte Fälle abweisen, wodurch sein Ansehen noch weiter sinken wird.

Blutgeld

(Anton Schäfer)

Am 14. April 2022 lancierten die BBC News im Zusammenhang mit einem Interview mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelenskyj die Schlagzeile: „Ukraine's President Zelensky to BBC: Blood money being paid for Russian oil“.¹ Im Interview führte der ukrainische Präsident aus, dass die europäischen Länder, so sie weiterhin russisches Öl kaufen, „ihr Geld im Blut anderer Menschen verdienen“.

Der Hintergrund dieser Aussage und des Vorwurfs an die in Russland Öl und Gas einkaufenden europäischen Länder ist uns allen bekannt.² Von Unternehmen in der EU werden angeblich langfristige Lieferverträge als Grund für das Aufrechterhalten dieser Geschäftsbeziehungen genannt, weiters Vertragstreue, die Unmöglichkeit der Substitution von russischem Öl bzw. Gas etc. Ebenso ist natürlich allen öl- und gaseinkaufenden europäischen Ländern bekannt und bewusst, dass sie damit den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine mitfinanzieren und das Leiden der Bevölkerung in beiden Staaten mitverschulden.

Wie in allen Kriegen ist auch im Krieg zwischen Russland und der Ukraine beispielloses menschliches Leid der Bevölkerung die „Begleiterscheinung“. Seit Beginn des Krieges – so wird geschätzt – sollen insgesamt rund 500.000 russische und ukrainische Soldaten getötet oder verletzt worden sein. 500.000 Menschen, das entspricht der Bevölkerung der Stadt Duisburg. Etwa 200.000 russische und ukrainische Soldaten sollen bislang ums Leben gekommen sein (dies entspricht der Bevölkerung von Kassel).³ Angeblich soll es unter der Zivilbevölkerung bislang „nur“ zwischen 13.000 und 36.000

Tote und Verletzte geben.⁴ Millionen Menschen wurden in der Ukraine vertrieben – dies ist die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Direkte Kriegsschäden in der Höhe von mindestens 350 Milliarden Euro (gemäß Weltbank, EU-Kommission und die ukrainische Regierung) sind bislang die Folge. Andere Schätzungen (Europäische Investitionsbank) gehen von bis zu 1100 Milliarden Euro an Kriegsschäden aus.⁵ Indirekte Kriegsschäden durch Beseitigung von Munition und Minen und langfristige Kriegsfolgeschäden durch Uran- und Streumunition⁶ werden noch auf Jahre hinweg die Ukraine belasten und Tote und Schwerverletzte unter der Zivilbevölkerung fordern. Auch die Rückzahlung der Waffen- und Munitionslieferungen westlicher Staaten an die Ukraine wird die Ukraine auf viele Jahrzehnte wirtschaftlich belasten.

Russland soll jeder Kriegstag in der Ukraine rund 500 Millionen Euro kosten.⁷ Österreich bezieht jeden Tag Gas aus Russland im Wert von rund 18,5 Millionen Euro (2022 ergab das rund 6,8 Milliarden Euro) und muss aufgrund einer Take-or-Pay-Klausel Gas auch dann bezahlen, wenn es dieses Gas gar nicht bezieht bzw. braucht. Diese Vertragsklausel ist eine „Hinterlassenschaft“ der Zeit der Bundesregierung unter Sebastian Kurz (ÖVP) und gilt noch bis 2040.⁸ Die gesamte Europäische Union bezieht aktuell etwas weniger als ein Viertel des Erdgases aus Russland (Österreich bezieht mehr als 50 % des benötigten Erdgases aus Russland mit wieder steigender Tendenz).⁹ Es kann sich somit jeder selbst ausrechnen, ob der ukrainischen Präsidenten Wolodymyr

¹ www.bbc.com/news/world-europe-61107725.

² <https://deutsch.radio.cz/tschechien-nutzt-immer-mehr-erdoel-aus-russland-protest-vor-dem-8794029>

³ Siehe: <https://www.mdr.de/nachrichten/welt/osteuropa/politik/ukraine-krieg-fuenfhunderttausend-tote-verletzte-soldaten-100.html> und <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/pentagon-leaks-usa-verluste-ukraine-krieg-russland-100.html>

⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Opfer_des_Russisch-Ukrainischen_Krieges.

⁵ <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/kriegsschaeden-und-wiederaufbau-was-auf-die-ukraine-zu-kommt,TQ6MVzF>

⁶ Siehe: Internationales Übereinkommen über Streumunition (In Österreich kundgemacht in BGBl. III Nr. 82/2010). Russland, Ukraine und auch nicht die USA sind nicht Mitgliedstaaten.

⁷ https://www.focus.de/politik/ausland/eine-milliarde-dollar-pro-tag-wie-teuer-putins-krieg-in-der-ukraine-wirklich-ist_id_93906561.html

⁸ <https://www.derstandard.de/story/3000000173012/tanker-ohne-richtung-warum-die-omv-in-einer-tiefen-krise-steckt>
Dieser neue Vertrag wurde zwischen der OMV und Gazprom 2018 im Beisein von Putin und dem damaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) abgeschlossen.

⁹ <https://www.gasconnect.at/netzinformationen/auf-einen-blick/russ-import>; <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/eu-gas-supply/>

Selenskyj recht hat, wenn er ausführt, dass die europäischen Länder, wenn sie weiterhin russisches Öl kaufen, „ihr Geld im Blut anderer Menschen verdienen“. Oder sollte das für Erdgas nicht gelten? Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Ukraine mit Russland – Krieg hin oder her – einen Transitvertrag für Erdgas hat und damit auch aktuell noch recht gut an den Durchleitungsgebühren verdient.¹

„Oh mein Gott, 55 Prozent des österreichischen Gases kommen weiterhin aus Russland,“ sagte Martin Selmayr und meinte Weiters, dass Österreich derart den Krieg des russischen Präsidenten Wladimir Putin finanziere. Niemand sei auf der Wiener Ringstraße, um dagegen zu protestieren. „Das verwundert mich, denn Blutgeld wird jeden Tag mit der Gasrechnung nach Russland geschickt.“

Wenn nun der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Martin Selmayr, sinngemäß in einer Diskussion anlässlich der Kunstmesse viennacontemporary am 7. September 2023 sagte, Österreich schicke „Blutgeld mit der Gasrechnung nach Russland“, so ist dies, bevor man oder frau sich empört, im Lichte des oben Beschriebenen zu betrachten. Das gerade eine Partei wie die FPÖ, die in der Vergangenheit bekanntermaßen selbst beste Kontakte nach Russland unterhielt,² dem Vertreter der Europäischen Kommission in Österreich wegen dieses Diskussionsbeitrages ein „One-Way-Ticket nach Brüssel“ empfiehlt und seine Abberufung fordert, wird Martin Selmayr wohl kaum ernsthaft beschäftigen. Ungewöhnlich ist es jedoch vielleicht, dass ein Außenminister wie Alexander Schallenberg (ÖVP) Selmayr wegen dieses Diskussionsbeitrages ins Außenministerium zitiert. In Kenntnis der Sachlage, dass nämlich zuvor einige ihm sehr gut bekannte Parteikollegen aus der ÖVP hinter solchen Verträgen mit extrem langer Laufzeit mit Russland gestanden haben, mutet das etwas befremdlich an. Der SPÖ-EU-Delegationsleiter Andreas Schieder bezeichnete am 8.

September 2023 daher diese Einberufung von Martin Selmayr ins Außenministerium richtig als „völlig übertrieben“. Und die NEOS-Europaabgeordnete Claudia Gamon kommentierte trocken: „Seit wann wird man in Österreich ins Außenamt zitiert, wenn man die Wahrheit sagt?“

Wirklich ungewöhnlich ist, dass sich die EU-Kommission als Arbeitgeber von Selmayrs Statement distanziert und sie als „bedauerliche und unangemessene Aussagen des Leiters der Repräsentanz in Österreich“ bezeichnet.³ Selmayrs Aussage entspricht der Realität – und von der Wahrheit muss man sich ganz sicher nicht distanzieren. Gerade ein Diplomat der Europäischen Kommission sollte bei der Wahrheit bleiben und dafür nicht vom eigenen Arbeitgeber kritisiert werden. Denn wie Christian Ultsch in einem Artikel in der Tageszeitung Die Presse ausführte: „In der Sache aber hat Selmayr recht“.⁴ Ähnlich bemerkten dies auch die Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Evelyn Regner (SPÖ), und etwas vorsichtig Otmar Karas (ÖVP).⁵ Auch die NEOS-Energiesprecherin Karin Doppelbauer ergriff in diesem Zusammenhang klar Stellung für Martin Selmayr: „Österreich sponsert täglich Putins Krieg mit seiner hohen Abhängigkeit von russischem Gas. Das ist ein Fakt, den man einfach nicht schönreden kann, sondern den man auch ganz klar benennen kann und kritisieren muss.“ Diese Abhängigkeit von russischem Gas mache Österreich erpressbar,⁶ so abermals Doppelbauer (und das gilt wohl auch für die EU). Der österreichische Vizekanzler Werner Kogler (Grüne)meinte schließlich: „Es war einfach ein Fehlverhalten, Putin in Wien den roten Teppich auszurollen.“ Er gebe Selmayr in der Sache recht und habe selbst bereits eine „ähnliche Sprache gewählt“.⁷ Die Journalistin Irene Brickner formulierte im Standard vom 8. September 2023, dass die berechtigte Kritik Selmayrs zur Staatsaffäre aufgebläht werde. Österreich beziehe weiterhin zu viel Gas aus Russland. Martin Selmayr habe damit eine traurige Wahrheit

¹ <https://www.derstandard.at/story/3000000172994/ein-gef228hrliches-spiel>

² <https://www.derstandard.at/story/2000143406427/fpoe-legt-russland-vertrag-von-sich-aus-nicht-offen> oder <https://www.derstandard.at/story/3000000177915/pu-der-fpoe>

³ <https://www.vienna.at/blutgeld-eu-kommission-geht-auf-distanz-zu-eu-vertreter/8281639>

⁴ <https://www.diepresse.com/14834075/es-gibt-einen-grund-warum-martin-selmayr-von-blutgeld-sprach>

⁵ <https://www.krone.at/3107617>

⁶ <https://orf.at/stories/3330349/>

⁷ <https://kurier.at/politik/inland/blutgeld-sager-russland-ukraine-selmayr-aussenministerium/402585956>

ausgesprochen, für die Österreich auf dem internationalen Parkett schon viel Missbilligung erfahren hat.¹ Die internationale Missbilligung bezieht sich nicht nur auf diese Erdgas-Lieferverträge und -bezüge, sondern auch auf das Verhalten von großen Banken² und Unternehmen in Österreich, die nach wie vor – trotz oder wegen dieses Angriffskrieges – beste Geschäfte

mit Russland machen, ohne dass die österreichische Bundesregierung dies zu einer Staatsaffäre macht. Vielleicht hängt diese Reaktion bzw. Nicht-Reaktion eines Teils der österreichischen Bundesregierung auch damit zusammen, dass sie international von Experten und auch nach dem Angriff auf die Ukraine als sehr „russlandfreundlich“ eingestuft wird?³

Bedarf es einer Wiederherstellung der Natur?

(Marc Germeshausen)

Diese Frage stellte sich das Europäische Parlament am 12. Juli 2023. Konkret ging es um das Nature Restoration Law (NRL), das auf die Wiederherstellung der Natur abzielt. Es entstand eine Diskussion darüber, wie sich diese Wiederherstellung mit den Bedürfnissen der Menschen vereinbaren lässt. Dabei hat das Gesetz eigentlich idyllisch gute Absichten: Bis 2030 sollen geschädigte Ökosysteme auf 20 % der EU-Fläche wiederhergestellt werden. Zudem sollen mehr Naturschutzgebiete und Grünflächen in der EU geschaffen werden. Diese Maßnahmen würden für Ernährungssicherheit und Unternehmenswachstum sorgen und die Auswirkungen des Klimawandels eindämmen, somit die Bewohnbarkeit des Planeten garantieren.

Mehr Grünflächen sollen bis 2030 auf EU-Boden geschaffen



werden (Bildrechte: Europahaus Klagenfurt/elements.en-vato.com)

Jedoch erwidern Gegner des Gesetzesentwurfs, dass der Schutz der Natur zwar dringend und unumgänglich ist, dieser aber nicht im Ende aller wirtschaftlicher, industrieller, forst- oder landwirtschaftlicher Produktionen resultieren soll. Wie schon erwartet, fiel das Ergebnis sehr knapp mit 336 Ja-Stimmen zu 300 Nein-Stimmen aus. 13 Stimmen enthielten sich. Allerdings wurden einige Punkte des Gesetzesvorschlags im Rahmen des Green Deals stark kritisiert und müssen deshalb nachgebessert werden. Das Europäische Parlament betonte, dass das Gesetz aufgrund eines neu hinzugefügten Artikels weder Schutzgebiete vorschreibe noch den Ausbau erneuerbarer Energien behindere. Zudem stellte das Parlament fest, dass das Gesetz erst dann in Kraft trete, wenn die Europäische Kommission Daten über die notwendigen Bedingungen zur Gewährleistung der langfristigen Ernährungssicherheit vorgelegt habe und die EU-Mitgliedstaaten die Fläche quantifiziert hätten, die renaturiert werden müsse, um die Wiederherstellungsziele für jeden Lebensraumtyp zu erreichen. Österreich enthielt sich der Stimme – wohl auch aufgrund der ablehnenden Haltung der Bundesländer. Das Europäische Parlament berät sich derzeit mit dem Rat der Europäischen Union zu diesem Gesetzesvorschlag.⁴

¹ <https://www.derstandard.at/story/3000000186106/selmayr-hat-mit-blutgeld-nur-die-wahrheit-ausgesprochen> und <https://www.moment.at/story/osterreich-gas-russland-kritik>

² <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/russland-sanktionen-banken-rbi-1.6193959>

³ <https://www.moment.at/story/osterreich-gas-russland-kritik>

⁴ Quellen: www.bundeskanzleramt.gv.at

Putin bezeichnet Einmischung in Angelegenheiten der Tschechoslowakei und Ungarns zu Sowjetzeiten als Fehler

(Anton Schäfer)

Eine bemerkenswerte Meldung ging am 12. September 2023 durch die Medien.

Der russische Präsident Wladimir Putin soll anlässlich eines Forums in Wladiwostok den Einmarsch sowjetischer Truppen in Ungarn 1956 und in die Tschechoslowakei im August 1968 als Fehler der sowjetischen Politik bezeichnet haben. Es sei laut Putin inakzeptabel, eine Politik durchzusetzen, die sich offensichtlich gegen die Interessen anderer Länder richte.

Er beschuldigte den Westen, dieser begehe in seiner Außenpolitik die gleichen Fehler wie die Sowjetunion damals.

Den aktuellen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine erwähnte Putin jedoch nicht.¹

Interessant ist diese Aussage von Wladimir Putin auch im Zusammenhang mit einer Dokumentation aus dem Jahr 2015, die im russischen Staatsfernsehen ausgestrahlt wurde. Hier wurde behauptet, dass die NATO im August 1968 geplant hatte, in der Tschechoslowakei einzumarschieren und das russische Brudervolk den Tschechen und Slowaken zu Hilfe geeilt sei. Undankbare Tschechen und Slowaken hätten dann auf die russischen „Befreier“ geschossen.²

Für Zeitzeugen und geschichtlich Interessierte eine ganz neue Sichtweise.

Europäische Kommission will Bienen, Schmetterlinge & Co besser schützen

(Marc Germeshausen)

Die Europäische Kommission ergreift weitere Maßnahmen gegen den alarmierenden Rückgang wildlebender Bienen und anderer Bestäuber in Europa.



(Bildquelle: Wikimedia Commons

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Flag_of_Europe.svg und https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bee_%2818644571232%29.jpg?use-lang=de). Collage Anton Schäfer)

In einer neuen EU-Initiative definiert sie dafür Ziele für 2030.

EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius erklärte: „Bestäuber, diese kleinen Insekten, werden die Zukunft der Natur und die langfristige Ernährungssicherheit bestimmen.“

Wir brauchen sofortige, gezielte Maßnahmen, um die Bestäuber zu retten, da sie für unsere Ökosysteme, Gesellschaften und Volkswirtschaften von unschätzbarem Wert sind.“

Da etwa 80 % der Kultur- und Wildpflanzen auf die Bestäubung durch Tiere angewiesen sind, ist der Verlust von Bestäubern eine der größten Bedrohungen für die Natur, die Ernährungssicherheit und das Wohlergehen der Menschen in der EU.

¹ <https://deutsch.radio.cz/putin-bezeichnet-einmarsch-sowjetischer-truppen-die-tschechoslowakei-1968-als-8794094>.

² <https://taz.de/Russland-und-der-Prager-Fruehling/!5204116/>

Europawahl 2024

(Anton Schäfer)

Die Vorbereitungen für die Wahl zum Europäischen Parlament (EP) 2024, die zehnte Direktwahl, wird langsam auch in den Unionsmitgliedstaaten der Europäischen Union ein Thema. Voraussichtlich findet die Wahl von 6. bis 9. Juni 2024 statt – erstmals ohne Großbritannien.

Voraussichtlich werden 720 Abgeordnete gewählt (bei der Europawahl 2019 waren es 751 Abgeordnete). Im Juli 2023 einigten sich die EU-Botschafter vorläufig auf eine Erhöhung der Sitzanzahl von bisher 705 (ohne Großbritannien) auf 720. Das muss noch vom Europäischen Parlament und dem Rat bestätigt werden. Für Österreich ist diese Wahl umso interessanter, als Österreich einen weiteren Sitz im EP erhalten wird (wie acht andere Unionsmitgliedstaaten; Frankreich, Spanien und die Niederlande erhalten zwei zusätzliche Sitze).¹ Weiterhin werden die Sitze im EP nach einem Berechnungsschlüssel verteilt, der die Veränderungen der Bevölkerungszahlen berücksichtigt, demzufolge aber auch die kleinsten EU-Mitgliedsländer leicht überrepräsentiert sein werden.

Viele Themen werden die Europawahl begleiten – nicht nur nationale. Der Krieg in der

Ukraine und die Auswirkungen auf die Unionsbürger sind deutlich zu spüren (Inflation, Energiepreise, eingeschränkte Versorgungssicherheit, nachlassende Wettbewerbsfähigkeit Europas etc.). Nicht alle Bürger sind mit dem Vorgehen der nationalen Regierungen und der Europäischen Kommission im Zusammenhang des Krieges in der Ukraine einverstanden. Denn auch nach der Verabschiedung von elf Sanktionspaketen gegen Russland sind deren Auswirkungen auch unter Experten sehr umstritten.

Auch das Verhältnis zu China ist ambivalent und in vielen Punkten für die Unionsbürger nicht verständlich. Dies gilt vor allem in Hinblick auf die anhaltende Verletzung von Grund-, Freiheits-, Bürger- und Menschenrechten durch die chinesische Regierung und das Schweigen der EU-Verantwortlichen und EU-Parlamentarier in viel zu vielen Fällen – wohl aus Rücksicht auf wirtschaftliche Beziehungen.

Die Zusammensetzung des neuen Parlaments ab 2024 und die Mehrheitsverhältnisse im Rat werden über die politische Grundausrichtung der nächsten Europäischen Kommission bestimmen. Es wird für alle interessierten Europäer eine spannende Wahl und insbesondere eine spannende Wahlkampfzeit sein.

Horizon Europe

(Anton Schäfer)

Ein wichtiges Signal ist es, dass Großbritannien in das EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ zurückkehrt. Über diese Rückkehr war nach dem Brexit lange verhandelt worden, und nun wurde eine Einigung erzielt, wie der britische Premierminister Rishi Sunak und die Kommission der Europäischen Union am 7. September 2023 mitteilten.² 2020 war Großbritannien aus „Horizon Europe“ ausgeschlossen worden, weil die britische Regierung einseitig

und im Streit um Brexit-Sonderregeln für Nordirland gegen die geltenden Verträge gehandelt hatte. Wiederholt forderten britische Wissenschaftler die Rückkehr in das Forschungsrahmenprogramm. Denn gerade für die Wissenschaft ist internationale Kooperation wichtig, zum Teil essenziell. Britische Wissenschaftler waren infolge kurzfristiger politischer Vorgehensweisen nun über Jahre an der Teilnahme am internationalen Geschehen gehindert.

¹ <https://orf.at/stories/3325561/>

² <https://science.orf.at/stories/3221094/>

Das Spiel mit dem Feuer: Nordirland

(Anton Schäfer)

Vor 25 Jahren fanden die Referenden zum Karfreitagsabkommen („Good Friday Agreement“, „Belfast Agreement“ oder „Stormont Agreement“) statt.

Am 22. Mai 1998, der seither als historischer Tag gilt, stimmten die Wähler in Nordirland und in der Republik Irland jeweils mit großer Mehrheit für die Annahme des am 10. April 1998 unterzeichneten Abkommens von Belfast. Die Bürger waren bereit, neue Wege zu gehen und bisher Undenkbares zu wagen. Dadurch wurde der drei Jahrzehnte währenden Bürgerkrieg in Nordirland beendet. „Bilanz“ bis dahin: rund 3500 – überwiegend zivile – Todesopfer; Zehntausende physisch Verletzte; unzählige psychisch Verletzte.

Zwei an diesem Friedensprozess maßgeblich beteiligte Politiker (John Hume und David Trimble) wurden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Und nun setzen unverantwortlich handelnde, nationalistische Politiker alles wieder aufs Spiel. Denn trotz Abkommen, trotz Versöhnungsversuchen, trotz dem Willen, es zusammen besser zu machen, ist der Friede weiterhin fragil in Nordirland. Und indem die Befürworter des Brexit in Großbritannien¹ zwar an sich und ihr (kleines) Klientel dachten, nicht aber an die übrigen von einer solchen Entscheidung Betroffenen, ist unter anderem auch der Friedensprozess in Nordirland zum Stillstand gekommen.

Keiner der für den Brexit verantwortlichen britischen Politiker kann wohl vernünftig erklären, warum die Menschen in Nordirland (eigentlich in ganz Großbritannien) die gravierenden negativen Folgen des Brexit auf sich nehmen sollen.

Das „Belfast Agreement“ war und ist ein Triumph der Diplomatie. Vernunft siegte über Hass, Dummheit, Engstirnigkeit und, wie bei

allen Kriegen und Konflikten, wurden die Kriegsgewinnler und Waffenhersteller – freilich erst nach viel zu langer Zeit – ausgebootet.

In Nordirland ist inzwischen eine neue Generation herangewachsen. Eine Generation, die den Bürgerkrieg nur noch aus Erzählungen kennt. Die dritte Generation, die bald Verantwortung übernehmen wird, hat aktuell die meisten Chancen, relativ unbefangen mit ihren katholischen und protestantischen Nachbarn zu leben. Das ist die Generation, die in der Lage sein könnte, das Trauma des Bürgerkriegs endgültig zu überwinden, das sind die Menschen, die zusammen ein „neues Nordirland“ schaffen könnten.

Dass Politiker in Zusammenhang dieses Bürgerkrieges in der Vergangenheit schwere Fehler gemacht und nicht zur Lösung des Problems beigetragen haben, wurde schon oft untersucht.

Nun wird von britischer Seite von Politikern versucht, mit einem Gesetz (*Northern Ireland Troubles [Legacy and Reconciliation] Bill*) die Aufarbeitung des Konflikts und die Versöhnung durch obrigkeitliche Anordnung zu beenden und vor allem Anklagen gegen mutmaßliche Mörder, insbesondere Mitglieder der britischen Armee, in Zukunft zu verunmöglichen.² Das britische Unterhaus hat der Gesetzesvorlage bereits zugestimmt. Im Oberhaus wird noch debattiert.

Mit dem Gesetz verhindert werden, dass Verbrechen, derer sich Personen in diesem Bürgerkrieg schuldig gemacht haben, die teilweise auch im Auftrag der britischen Regierung handelten, weiter untersucht werden und es zu weiteren Gerichtsverfahren kommt.³

Es gab während der Zeit des Bürgerkrieges unter der Verantwortung der britischen Regierung Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren, es gab Folter und außergerichtliche Tötungen.

¹ Am 29. März 2017 teilte die britische Regierung der EU mit, die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EU gemäß Artikel 50 der Europäischen Verträge zu beenden.

² <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nordirland-konflikt-gesetz-100.html>

³ In diesen Gerichtsverfahren müssen Richter oft Probleme lösen, die die Politik nicht in der Lage oder willens ist, selbst zu lösen. Siehe auch „Mordanklage nach 47 Jahren“:

<https://www.tagesschau.de/ausland/bloody-sunday-mordanklage-101.html>

Von staatlichen Stellen wurden pro-britische Mordkommandos (z. B. die Ulster Defence Association) unterstützt, die Hunderte Zivilisten töteten.

Wer sich da an Chile unter Pinochet und andere südamerikanische oder afrikanische Diktaturen erinnert fühlt, dem geht es wie dem Autor dieser Zeilen.

Es darf dabei nicht verschwiegen werden, dass die paramilitärische Irish Republican Army (IRA) ebenso Menschen verschleppte, folterte und tötete.

Deswegen wurde im Karfreitagsabkommen auch eine gemeinsame Kommission zur Aufklärung der Schicksale dieser verschwundenen Personen gegründet, zur Aufklärung dieser Taten, die der IRA zur Last gelegt werden.

In Nordirland sind seit Jahrzehnten jedoch weiterhin Kräfte, wie z. B. die Democratic Unionist Party (DUP) am Werk, die sowohl das

Karfreitagsabkommen boykottieren als auch das noch das recht „junge“ Nordirland-Protokoll¹, das Teil der Brexit-Abkommens ist.²

Und die aktuelle britische Regierung und recht viele Politiker in Großbritannien lassen sich von diesen Kräften – mehr oder weniger freiwillig – in Geiselnahme nehmen. Riskieren damit nicht nur die Brexit-Abkommen, sondern vor allem auch den fragilen Frieden in Nordirland.

Wegen der Verweigerungshaltung der DUP ist es seit mehr als einem Jahr nicht möglich, dass die gewählte Regierung in Belfast zusammentritt und die Arbeit aufnimmt.³

Selbst als die EU weitere Zugeständnisse in Bezug auf das Nordirland-Protokoll machte, um den Friedensprozess nicht weiter zu gefährden, ging das der DUP nicht weit genug. Sie will noch mehr und das nicht zum Vorteil der Mehrheit der Bürger in Nordirland, sondern zum Vorteil ihrer eigenen Klientel, zu Lasten der anderen.



¹ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A12020W/TXT#d1e32-102-1>. Das Nordirland-Protokoll sieht vor, dass Nordirland als einziger Teil des Vereinigten Königreichs Mitglied der Europäischen Union bleibt.

² <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/brexit-irland-nordirland-101.html>

³ Siehe hierzu auch das St-Andrews-Abkommen (2006): https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/136651/st_andrews_agreement-2.pdf

Trend Digitalisierung: Was Kärntens Bevölkerung beschäftigt

(Marc Germeshausen)

Mitte Juni zog EUROPE DIRECT Kärnten mit dem Europa.Cafe wieder quer durchs Land, um mit den Bürgern Kärntens ins Gespräch zu kommen. Dabei fiel ein Themenschwerpunkt ganz stark auf: Digitalisierung!

Dieses Phänomen bezeichnet den umfassenden Prozess der Integration von digitalen Technologien in sämtliche Aspekte unserer Gesellschaft und unseres Lebens. Sie hat in den letzten Jahrzehnten eine tiefgreifende Veränderung unserer Arbeitsweise, Kommunikation, Bildung, Wirtschaft und vieler anderer Bereiche bewirkt. Diese Entwicklung wird von technologischen Fortschritten angetrieben, wie beispielsweise dem Internet. Die Digitalisierung ermöglicht eine nahtlose Vernetzung, schnellen Datenaustausch und neue Formen der Interaktion. Während sie zahlreiche Chancen für Effizienzsteigerung und Innovation bietet, wirft sie Fragen hinsichtlich der Privatsphäre, der Datensicherheit und sozialer Auswirkungen auf, wie man nicht zuletzt an der aktuellen Diskussion zum digitalen Euro sieht. Während in der Bevölkerung vor allem die Sorge über die Abschaffung des Bargeldes verbreitet ist, wird seitens der Europäischen Union überwiegend von den positiven Aspekten dieser Währung berichtet. Infolge der immer höheren Nachfrage nach sicheren und

zuverlässigen elektronischen Zahlungsmöglichkeiten kam die Idee des digitalen Euros auf.



(Bildquelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Flickr_-_Nic's_events_-_London_-_14-15_Dec_2007_-_034.jpg, User: [Nic McPhee](#))

Dieser solle als elektronisches Gegenstück zum herkömmlichen Bargeld gesehen werden und stelle somit ein weiteres Zahlungsmittel dar, das gleich sicher und unkompliziert wie Bargeld sein soll. Zudem würde der digitale Euro auch eine erhöhte geldpolitische Souveränität im Euroraum bedeuten und eine Effizienzsteigerung des europäischen Zahlungsverkehrs mit sich bringen. Im Falle einer Zustimmung durch den Rat der Europäischen Zentralbanken (EZB) zu einer finalen Implementierung werden im Herbst die nächsten Schritte zur Umsetzung eingeleitet. Ob diese auf die Akzeptanz der Bevölkerung trifft, ist noch abzuwarten, denn aktuell bevorzugen 60 % der Bürgerinnen und Bürger die herkömmliche Bargeldzahlung.¹

Europahaus Klagenfurt informiert: Aktuell und speziell für Gemeinden

(Marc Germeshausen)

In der Europäischen Union stechen derzeit vor allem zwei Themenpakete hervor: Der „European Green Deal“ und die „Digitale Dekade“. Beide Themen beinhalten wichtige und unumgängliche Punkte, die europaweit für Diskussionen unter den Bürgerinnen und Bürgern

sorgen. Auch Kärnten diskutiert fleißig mit, wie sich bei Gesprächen mit der Bevölkerung herausstellte. Ab sofort informiert das Europahaus Klagenfurt aktuell und speziell für ihre Gemeinde.²

¹ Siehe: www.vbb.ktn.gv.at

² Siehe auch: www.vbb.ktn.gv.at

Vereinsnachrichten



Europawoche: Ein voller Erfolg!

(Marc Germeshausen)

Neben den Veranstaltungen zur Europawoche durfte sich EUROPE DIRECT Kärnten auch noch den Europa-Staatspreis abholen, der von der Europaministerin im Beisein des Bundespräsidenten verliehen wurde.

EUROPE DIRECT Kärnten hat ihn sich geholt ... den Europa-Staatspreis

Innovative Europa-Projekte in Österreich sichtbar machen und damit auch das Engagement zahlreicher Einzelpersonen und Organisationen in den Mittelpunkt rücken: Das möchte der Europa-Staatspreis erreichen, den Europaministerin Karoline Edtstadler im Beisein von Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 9. Mai 2023 verliehen hat.

Verwaltung sowie Zivilgesellschaft in den Wiener Sofiensälen begrüßen. Der Bundespräsident Alexander Van der Bellen hielt im Rahmen der Veranstaltung seine Rede zum Europatag.

Eine Fachjury wählte die Preisträgerinnen und Preisträger in den fünf Kategorien des Europa-Staatspreises 2023 aus. Entscheidende Kriterien für die Auszeichnung waren insbesondere die Wirksamkeit der Projekte mit Blick auf das Erreichen neuer Zielgruppen sowie deren Nachhaltigkeit, Kreativität und Multiplikatoreffekte.

In der Kategorie „Europa erklären“ konnte EUROPE DIRECT Kärnten mit dem Projekt „EU bist auch DU“ punkten und holte sich somit den begehrten Preis.

Zur Erinnerung an das Projekt

Ein Workshop der besonderen Art mit dem Titel „EU bist auch DU“ zielte im Juni 2022 im Haus PRO Ausblick der Diakonie De La Tour in Kärnten darauf ab, einer Gruppe von Jugendlichen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen ein authentisches, aufklärendes Bild von Europa und der EU zu vermitteln. Die jungen Menschen näherten sich in kreativer Gruppenarbeit, unter Verwendung von Holzpuzzles und anderer Materialien, Themen wie der Versorgung mit gesunden Lebensmitteln oder der friedlichen Zusammenarbeit in Europa an. Die beiden, in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendreferat Kärnten umgesetzten Workshop-Tage gelten als Pilotprojekt und wurden von der Fachhochschule Kärnten wissenschaftlich begleitet.



So sehen Sieger aus: Europa-Staatspreisgewinner mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Europaministerin Karoline Edtstadler (Bildrechte: BKA/ Andy Wenzel)

Dabei konnte die Ministerin zur feierlichen Europa-Gala über 200 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Diplomatie, Kunst und Kultur, Medien,

4. Kärntner EU-Talk

zum Europäischen Jahr der Kompetenzen
(Marc Germeshausen)

2023 wurde zum europäischen Jahr der Kompetenzen ausgerufen. Im Zuge des 4. Kärntner EU-Talks anlässlich des Europatages durfte EUROPE DIRECT Kärnten eine Gruppe von engagierten und motivierten Berufsschülerinnen und -schülern, also Lehrlingen, im Rathaushof der Stadt St. Veit an der Glan begrüßen.

Die Schülerinnen und Schüler der FBS St. Veit und FBS Wolfsberg bereiteten exklusive und spannende Fragen zu ihrer Lehre und zu weiteren Ausbildungsmöglichkeiten vor, die sie dann aus erster Hand beantwortet bekamen.

Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Europahaus-Präsident Christof Zernatto und dem Vizebürgermeister Clemens Mitteregger. Anschließend folgten einleitende Worte von Landeshauptmann Peter Kaiser. Direktor Marc

Germeshausen führte als Moderator durch den Vormittag. In der ersten Diskussionsrunde rund um Landeshauptmann Peter Kaiser stellten sich auch Tanja Leitner von der VHS Kärnten und Günter Marx vom Bildungsland Kärnten den Fragen der neugierigen Lehrlinge.

Die zweite Runde umfasste die Repräsentanten der Firma Treibacher Industrie AG mit Carina Ruppitsch, der Flex Althofen mit Rene Wallner und der KELAG mit Gerald Sablatnig. Während die Lehrlingsbeauftragten informierende Antworten auf die gestellten Fragen geben konnten, berichteten die Lehrlinge von ihren eigenen Erfahrungen. Für die Treibacher AG informierte Marlene Unterweger, für die Flex Althofen Marcel Obersteiner und Lukas Unterhuber, und für die KELAG Julia Plenkusch und Matthias Kohlmaier.



Podiumsdiskussion beim 4. Kärntner EU-Talk anlässlich des Europäischen Jahrs der Kompetenzen (Bildrechte: Treibacher AG/Oliver Marcher)

Jahrhundertchance: Koralmbahn Zusammenwachsen des Alpen-Adria-Raumes (Marc Germeshausen)

Bahn, Güter und Menschen im Austausch am Schnittpunkt von drei Weltkulturen. Die Koralmbahn verbindet ab 2026 den Alpen-Adria-Raum und bringt viele Chancen für die Region.



Europatag-Veranstaltung im Europahaus Klagenfurt: Christof Zernatto spricht sich für die Koralmbahn aus
(Bildquelle: Europahaus Klagenfurt)

Europahaus-Präsident Christof Zernatto begrüßte als Veranstalter die Gäste und eröffnete die Veranstaltung. Anschließend leitete Meinrad Höfferer, Direktor der Wirtschaftskammer Kärnten, mit einem Input in die Diskussion ein, an der der Präsident des Slowenischen Wirtschaftsverbands Benjamin Wakounig, Julia Feinig-Freunschlag, Geschäftsführung Logistik Center Austria Süd, und der Abgeordnete zum Nationalrat Peter Weidinger teilnahmen.

Bei der Veranstaltung wurde vor allem aufgezeigt, dass die Bahn enorme wirtschaftliche Vorteile für Kärnten und den Alpen-Adria-Raum bringt. Die Teilnehmenden gingen mit einem umfassenden Bild über die Koralmbahn nach Hause.

EuropaUnion Vorarlberg auf der Dornbirner Messe (Anton Schäfer)

Nach einer einjährigen Covid-19-Pause ist die EuropaUnion Vorarlberg auf Einladung von europe direct Vorarlberg wieder auf der Dornbirner Messe vertreten.

Die Dornbirner Messe findet heuer vom 7. bis 10. September 2023 statt. Sie verzeichnet jährlich etwa 70.000 Besucher. Unsere Mitglieder Gabi Milz und Fredy Lüchtiger informieren Interessierte über alle Facetten der Europäischen Integration.

Der Schwerpunkt von Gabi Milz liegt dabei auf dem Bildungsbereich. Sie kann interessierten Lehrkräften dabei helfen, das richtige Unterrichtsmaterial auszuwählen und Tipps geben, was bei Kindern „ankommt“.

Fredy Lüchtiger, der auch bei der Europäische Bewegung Schweiz (EBS) tätig ist, kann von den

Schwierigkeiten erzählen, denen überzeugte Europäer in der Schweiz begegnen. Denn nicht alle Schweizer sind schon überzeugte „Europäer“.



Dornbirner Messe mit dem Einkaufszentrum Messepark im Vordergrund (Bildquelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Messepark_Dornbirn.JPG, User: Plani)

Europa-Wikipedia



In diesem Europa-Wikipedia sollen in wenigen Sätzen Begriffe erklärt und Interessantes dargestellt werden. Vorbild ist die freie gemeinnützige Internet-Enzyklopädie Wikipedia, die seit dem 15. Jänner 2001 besteht.

Horizont Europa

Horizont Europa (englisch: *Horizon Europe*) ist das wissenschaftliche Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union und Nachfolgeprogramm von Horizont 2020. Seine primären Ziele sind die Forschung in den Bereichen Klimawandel, der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und im Hinblick auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU.

Das Forschungsrahmenprogramm baut auf drei Hauptsäulen auf:

- „Excellent Science“
- „Global Challenges & European Industrial Competitiveness“
- „Innovative Europe“

und dem weiteren Programmteil („Widening Participation and Strengthening the European Research Area“) zur Unterstützung und Koordination.

Das Vorläuferprogramm Horizont 2020 hatte eine Laufzeit von 2014 bis 2020. Seit 2021 und bis 2027 ist Horizont Europa das maßgebliche Rahmenförderprogramm für die Wissenschaft. Damit soll die Europäische Union in diesem Gebiet Lücken zu anderen Forschungsräumen, vor allem in den USA und China schließen und ergänzen. Inzwischen ist Horizont Europa das größte transnationale Forschungsförderungsprogramm der Welt, es werden 95,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

An Horizont Europa können alle juristischen und natürlichen Personen teilnehmen und Förderanträge stellen. Für sämtliche Forschungs- und Innovationsmaßnahmen sowie

Innovationsmaßnahmen gelten bestimmte Mindestbeteiligungsregeln. In der Regel müssen mindestens drei voneinander unabhängige Einrichtungen aus drei verschiedenen Unionsmitgliedstaaten oder Assoziierten Staaten beteiligt sein. Für Einzelmaßnahmen kann auch die Teilnahme einer Einrichtung aus einem Unionsmitgliedstaat oder assoziiertem Staat ausreichen. In Einzelfällen können auch Projektpartner aus Ländern, die nicht regulär förderfähig wären, gefördert werden.

Projektvorschläge (Anträge) können nur im Rahmen entsprechender Ausschreibungen eingereicht werden. Die Begutachtung der eingereichten Anträge erfolgt mit Hilfe unabhängiger Experten, welche die Anträge entsprechend der zentralen Kriterien beurteilen und bewerten.

Förderfähige Kosten im Zuge von Forschungs- und Innovationsmaßnahmen (Research and Innovation Action) sowie Koordinierungs- und Unterstützungsmaßnahmen werden zur Gänze erstattet. Bei marktnäheren Innovationsmaßnahmen werden maximal 70 % erstattet. Förderfähig sind beispielsweise Personalkosten, Anschaffungskosten (etwa für Geräte usw.), Reisekosten, Kosten für Unteraufträge oder für interne Leistungsverrechnung.

Nationalen Kontaktstelle in Österreich ist die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft (FFG).¹

¹ <https://www.ffg.at/content/horizon-europe-struktur-details>

